

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit SGK-NR
3003 Bern
elektronisch eingereicht an:
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 17. Mai 2018

Pa.Iv.13.478: Einführung einer Adoptionsentschädigung Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Februar 2018 hat der Präsident der SGK-NR zur Vernehmlassung im oben erwähnten Geschäft eingeladen. Wir danken für die Einladung und äussern uns dazu wie folgt:

1. Das Vorhaben ist aus Sicht der Betroffenen zweifellos zu begrüßen und zu unterstützen. Es ist festzuhalten, dass die gesamtschweizerischen Auswirkungen der geplanten Einführung einer Adoptionsentschädigung im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (EOG; SR 834.1) sehr überschaubar sind: es geht um rund 80 Fälle pro Jahr mit geschätzten Kosten für die EO von rund 200'000 Franken. Dies entspricht einer durchschnittlichen Entschädigung von ungefähr 2'500 Franken pro Adoption.
2. Für diese äusserst seltenen 80 Fälle ist ein aufwendiges Verfahren vorgesehen. Es müssen zahlreiche Voraussetzungen geprüft werden, damit die Entschädigung gesprochen werden kann:
 - Alter des Kindes;
 - Zeitpunkt der Aufnahme des Kindes;
 - Obligatorisch versichert während 9 Monaten unmittelbar vor der Aufnahme des Kindes;
 - Vorliegen einer Erwerbstätigkeit während mindestens 5 Monaten innerhalb dieses Zeitraums;
 - Nachgewiesener Unterbruch der Erwerbstätigkeit innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Kindes oder Reduktion des Beschäftigungsgrades um mindestens 20 %;
 - Erfassung der Einkommen der antragstellenden Personen;
 - etc.

Die Änderung des EOG für 80 Fälle muss zudem in den Informatiksystemen der Ausgleichskassen abgebildet werden, was einmalige Kosten auslöst, die im erläuternden Bericht nicht beziffert werden.

Bei gemeinschaftlichen Adoptionen kann sich ausserdem die Frage nach der zuständigen Ausgleichskasse stellen, welche dann jeweils im Einzelfall zu klären ist.

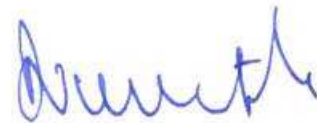
3. Es ist zu erwähnen, dass zwei Kantone (GE, TI) bereits einen bezahlten Adoptionsurlaub kennen. In diesen beiden Kantonen müsste zusätzlich zur Umsetzung des Bundesrechts auch noch die Koordination mit der kantonalen Regelung erfolgen, d.h. die Umsetzung würde noch aufwendiger. Im Rahmen der Familienzulagenregelungen kennen ausserdem acht Kantone (LU, UR, FR, VD, VS, NE, GE, JU) eine Adoptionszulage, die letztlich das genau gleiche sozialpolitische Ziel anvisieren. Es stellt sich hier auch die Frage der Koordination.
4. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass für vergleichsweise kleine Entschädigungen zugunsten von sehr wenigen Betroffenen ein grosser administrativer Aufwand entsteht. Sozialversicherungen sind ein absolutes Massengeschäft. Ist es wirklich die Aufgabe einer Sozialversicherung, schweizweit 80 Einzelfälle abzuhandeln? Eine wesentliche billigere und einfachere Alternative wäre die Einführung einer obligatorischen Adoptionszulage im Bundesgesetz über die Familienzulagen (SR 836.2).

Falls die Adoptionszulage tatsächlich im EOG verankert werden soll, dann stellt sich die Frage, ob das Ziel auch einfacher erreicht werden kann. Wir regen daher an, zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, den administrativen Aufwand zu reduzieren. Denkbar wäre beispielsweise, die Entschädigung generell erst im Nachhinein auszurichten (d.h. nach dem vollständig bezogenen Adoptionsurlaub), wenn sämtliche Informationen in definitiver Form vorliegen. Eine noch weitergehende Vereinfachung wäre das Ausrichten von Pauschalen, welche im Prinzip an die vollzogene Adoption anknüpfen würden. Eine solche Lösung würde den administrativen Aufwand massiv reduzieren.

Wir würden es sehr begrüssen, wenn unsere Anregungen eingehend geprüft werden. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Konferenz der kantonalen
Ausgleichskassen



Andreas Dummermuth
Präsident

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats (SGK-NR)
3003 Bern

Bern, 22. Mai 2018

Reg: vne – 8.34

Einführung einer Erwerbsausfallentschädigung bei Adoption eines Kindes: Stellungnahme der SODK

Sehr geehrter Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Februar 2018 wurde die SODK zur Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Der Vorstand SODK hat das Geschäft an seiner Sitzung 17. Mai 2018 behandelt und nimmt gerne wie folgt Stellung:

Die Stossrichtung der Vorlage wird grundsätzlich begrüsst. Sie ist ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung von verschiedenen Familienformen und trägt zur Chancengerechtigkeit für alle Familien und deren Kinder bei. Dies entspricht den Zielsetzungen, die sich die SODK in der Familien- wie auch in der Kinder- und Jugendpolitik gesetzt hat.

Die Beschränkung auf Kinder von 0- 4 Jahren stellen wir hingegen in Frage. Unseres Erachtens gibt es keine hinreichenden Gründe für eine Unterscheidung zwischen den Bedürfnissen von Kleinkindern oder etwas grösseren Kindern: Auch ein 10-jähriges Kind aus einem andern Kulturkreis oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen braucht Zeit, Ruhe und die Fürsorge der Eltern, um in einer neuen Adoptivfamilie anzukommen.

Aus diesem Grund und in Anbetracht der sehr geringen Zahl an Betroffenen (2016 wurden in der Schweiz Total 363 Kinder adoptiert) schlagen wir vor, den Urlaub auf Adoptiveltern von Kindern bis zum vollendeten 12. Altersjahr bei der Adoption auszudehnen.

Wir begrüssen zudem, dass Stiefkindadoptionen von der Regelung ausgenommen sind: Bei Stiefkindadoptionen – die einen grossen Teil der Adoptionen ausmachen – leben in der Regel die Kinder bereits seit längerer Zeit mit dem Adoptivvater oder der Adoptivmutter im selben Haushalt. Insofern ist in diesen Fällen keine Eingewöhnungszeit notwendig.

Der Vorstand SODK stört sich jedoch daran, dass mit dem vorliegenden Vorschlag eine Ungleichbehandlung von Adoptivvätern und leiblichen Vätern geschaffen würde. Mit der Einführung der Adoptionsentschädigung soll deshalb gleichzeitig auch für eine Gleichbehandlung aller Elternpaare gesorgt werden: Im Rahmen der Mutterschaftsentschädigung könnte in diesem Sinne die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Väter eine Entschädigung von 14 Tagen beanspruchen können.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

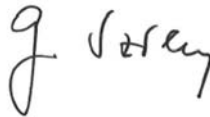
Im Namen des Vorstands SODK

Der Präsident



Martin Klöti
Regierungsrat

Die Generalsekretärin



Gaby Szöllösy

Commission de la sécurité sociale et de la santé
publique du Conseil national (CSSS-CN)
3003 Berne

Berne, le 22 mai 2018

Reg: vne – 8.34

Introduction d'une allocation pour perte de gain en cas d'adoption d'un enfant : prise de position de la CDAS

Madame, Monsieur,

Dans un courrier du 16 février 2018, la CDAS a été invitée à prendre position sur les modifications de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain en cas de service et de maternité (LAPG), une opportunité pour laquelle nous tenons à vous remercier. Le Comité CDAS a traité la question lors de sa séance du 17 mai 2018 et prend position comme suit.

D'une manière générale, l'orientation du projet est accueillie favorablement. Il constitue un pas de plus vers l'égalité de traitement des différents modèles familiaux et contribue à l'égalité des chances pour toutes les familles et leurs enfants. Ceci correspond aux objectifs que la CDAS s'est fixée en matière de politique familiale et de politique de l'enfance et de la jeunesse.

En revanche, nous remettons en question la limitation aux enfants de 0 à 4 ans. À notre avis, les raisons de faire la distinction entre les besoins des jeunes enfants et ceux des enfants légèrement plus âgés ne sont pas suffisantes : même un enfant de 10 ans issu d'une autre culture ou atteint de problèmes de santé a besoin de temps, de paix et de l'attention de ses parents pour intégrer une nouvelle famille adoptive. Nous suggérons donc d'étendre le congé aux parents adoptifs d'enfants jusqu'à l'âge de 12 ans révolus au moment de l'adoption.

Pour cette raison et compte tenu du très faible nombre de personnes concernées (363 enfants ont été adoptés en Suisse en 2016), nous proposons d'étendre le congé aux parents d'enfants adoptés jusqu'à l'âge de 12 ans.

Nous saluons par ailleurs le fait que les adoptions d'enfants d'un conjoint sont exclues du régime : dans le cas des adoptions d'enfants par alliance – qui représentent une part importante des adoptions – les enfants vivent généralement dans le même ménage que le père ou la mère adoptive depuis un certain temps. Dans ces cas, aucune période d'adaptation n'est nécessaire.

Toutefois, le Comité CDAS déplore que la présente proposition susciterait une égalité de traitement entre les pères adoptifs et les pères biologiques. Avec l'introduction de l'indemnisation d'adoption, il convient d'assurer en même temps l'égalité de traitement de tous les couples de parents : dans le contexte de l'allocation de maternité, il serait possible de permettre aux pères de bénéficier d'une indemnisation de 14 jours.

Vous remerciant de considérer notre prise de position, veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos cordiales salutations.

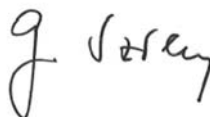
Au nom du Comité CDAS

Le président



Martin Klöti
Conseiller d'État

La secrétaire générale



Gaby Szöllösy

Zürich, 22. Mai 2018

**Vernehmlassung Parlamentarische Initiative Marco Romano 13.478:
Einführung einer Adoptionsentschädigung**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns als Fachstelle im Adoptionsbereich am oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren beteiligen zu dürfen.

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz begrüsst den Vorschlag, über das Erwerbsersatzgesetz EOG einen Adoptionsurlaub und eine Adoptionsentschädigung einzuführen. PACH erachtet den vorliegenden Entwurf als ***Schritt in die richtige Richtung, die vorgeschlagene Umsetzung geht jedoch insbesondere betreffend Dauer des Adoptionsurlaubes und der Beschränkung des Alters des zu adoptierenden Kindes nicht weit genug.***

Der in der Vorlage vorgesehene Adoptionsurlaub von zwei Wochen bei einem Unterbruch der Erwerbstätigkeit oder einer Reduktion des Beschäftigungsgrades um mindestens 20% genügt bei weitem nicht, um den gewünschten Bindungsaufbau zwischen dem Adoptivkind und seinen Adoptiveltern zu unterstützen. Um eine tragfähige emotionale Bindung zwischen dem Adoptivkind und seinen Adoptiveltern herzustellen und zu etablieren, braucht es insbesondere in den ersten Wochen und Monaten besonders viel Zeit und Zuwendung. Damit Bindung entstehen kann, müssen die Bezugspersonen des Kindes, also die Adoptiveltern, verfügbar sein, dies kann mit einem zweiwöchigen Adoptionsurlaub jedoch nicht ermöglicht werden. Gerade auch bei Auslandsadoptionen ist zu berücksichtigen, dass Adoptivkinder aus dem Ausland bei der Einreise von einem abrupten Kulturwechsel betroffen sind, dem es durch die Adoptiveltern feinfühlig zu begegnen gilt. Es ist demnach wichtig, dass die Adoptiveltern gerade in der Anfangszeit für das Kind da sein und sich

Geborgen aufwachsen.

gegenseitig unterstützen können. ***Aus diesen Gründen fordert PACH analog zum Mutterschaftsurlaub einen Adoptionsurlaub von mindestens 14 Wochen.***

Die vorgeschlagene Alterslimite erachtet PACH insbesondere in Anbetracht von Art. 5 Abs. 3 AdoV als zu tief, da bei der Aufnahme eines Kindes, welches über vier Jahre alt ist, an die Eignung der künftigen Adoptiveltern erhöhte Anforderungen gestellt werden. Das gleiche gilt, wenn ein gesundheitlich beeinträchtigtes Kind (unabhängig vom Alter) oder gleichzeitig mehrere Kinder aufgenommen werden oder bereits mehrere Kinder in der Familie leben.

Gestützt auf diese Erläuterungen möchte PACH folgende Anmerkungen bzw. Änderungsvorschläge machen:

Zu Art. 16i Abs. 1 Buchst. a. EOG

PACH schlägt vor die Alterslimite auf 18 Jahre zu erhöhen und die Bestimmung in diesem Sinne zu ändern, dass die Adoption eines minderjährigen Kindes zur Anspruchsberechtigung führt.

Als Begründung verweisen wir auf obenstehende Ausführungen zu Art. 5 Abs. 3 AdoV. Diese Bestimmung weist darauf hin, dass gerade die Adoption von Kleinkindern und älteren Kindern besondere Herausforderungen mit sich bringen, um tragfähige Bindungen aufzubauen. Es gibt zudem keinen ersichtlichen Grund, weshalb Eltern, die ein Kind z.B. im Alter von 6 Jahren adoptieren, keinen Anspruch auf Adoptionsurlaub haben sollen. In der Praxis kommen diese (älteren) Kinder meistens aus dem Ausland, so dass es noch viel mehr Investition in ihre Integration in die fremde neue Heimat bedarf. Deshalb muss die Adoption von Kindern bis zu 18 Jahren zur Anspruchsberechtigung führen.

Zu Art. 16i Abs. 2 Buchst. a. und Buchst. b EOG

Wie beim Mutterschaftsurlaub darf die Anspruchsberechtigung nicht von der Erwerbssituation der Partnerin oder des Partners abhängig gemacht werden und muss somit ein individuelles Recht der anspruchsberechtigten Person sein. PACH regt deshalb an, dass beide Elternteile die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe a erfüllen müssen, die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe b – d hingegen nur bei demjenigen Elternteil gegeben sein müssen, welcher einen Anspruch auf Adoptionsentschädigung geltend macht.

Bei der Forderung nach mindestens 14 Wochen Adoptionsurlaub bedeutet dies, dass bei einer gemeinschaftlichen Adoption durch erwerbstätige Elternteile ein Anspruch auf 14 Wochen Adoptionsurlaub entsteht, welcher zwischen den Elternteilen frei aufgeteilt werden kann. Ist bei einer gemeinschaftlichen Adoption jedoch nur ein Elternteil erwerbstätig, dann besteht ein Anspruch auf 7 Wochen Adoptionsurlaub, die Frage nach einer Aufteilung stellt sich in diesem Fall nicht. PACH ist der Überzeugung, dass auch in diesem Fall ein Adoptionsurlaub gerechtfertigt ist, da es für das adoptierte Kind wichtig ist, zu beiden Elternteilen gleichermassen eine tragfähige Bindung aufzubauen. Dies ergibt sich auch aus

der dringenden Forderung nach einem angemessenen Vaterschaftsurlaub bzw. einer angemessenen Elternzeit. Bei einer Einzeladoption durch eine Person, welche die Voraussetzungen nach Art. 16 Abs. 1 EOG erfüllt, soll ebenfalls ein Adoptionsurlaub von 14 Wochen gewährt werden.

Zu Art. 329g Abs. 1 OR

Die Forderung von mindestens 14 Wochen Adoptionsurlaub ergibt sich aus der Gleichberechtigung der Adoption mit dem durch Geburt entstandenen Kindsverhältnis und den vergleichbaren Herausforderungen für die Adoptiveltern. PACH teilt die Einschätzung der Kommission, dass bei einer Adoption zwar die Erholungszeit nach der Geburt der Mutter und das damit verbundene Arbeitsverbot von 8 Wochen (Art. 35a Abs. 3 ArG) wegfällt, so dass sich für Adoptiveltern folglich rechnerisch ein Adoptionsurlaub von 6 Wochen ergeben könnte. Da eine Adoption aber ein ähnlich einschneidendes Erlebnis darstellt wie eine Geburt und der Bindungsaufbau im Unterschied zu einem leiblichen Kind bei einer Adoption erst ab dem ersten Kennenlernen beginnen kann, rechtfertigt sich insbesondere auch im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Elternschaft ein Adoptionsurlaub von mindestens 14 Wochen. PACH begrüsst die Möglichkeit der freien Aufteilung des Adoptionsurlaubs auf beide Elternteile im Sinne der Förderung der geteilten Familienverantwortung und der Gleichstellung von Frauen und Männern, möchte aber die konkrete Aufteilung den betroffenen Adoptiveltern überlassen.

Zu Art. 329g Abs. 2 und Abs. 3 OR

Um den individuellen Bedürfnissen der betroffenen Familien bestmöglich gerecht zu werden, regt PACH an, dass der Bezug des Adoptionsurlaubs frei gestaltet werden kann. Bei einer gemeinschaftlichen Adoption soll folglich der gleichzeitige Bezug des 14-wöchigen Adoptionsurlaubs ermöglicht werden (z.B. der gleichzeitige Bezug von je 7 Wochen). Der Adoptionsurlaub soll zudem als Unterbruch der Erwerbstätigkeit oder in Teilzeit innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Kindes bezogen werden können, um dem Bedürfnis nach individuellen und flexiblen Lösungen gerecht zu werden.

Abschliessend möchten wir anmerken, dass die Nichtberücksichtigung der Stiefkindadoption bei der Anspruchsberechtigung in der Vorlage grundsätzlich nachvollziehbar ist, da sich eine Stiefkindadoption auf eine gewachsene Beziehung stützt und somit eine vertiefte Bindung zum Stiefelternteil aufgrund des eingespielten Familienmodells bereits vorhanden ist. Zu bedenken ist jedoch, dass insbesondere die Situation von gleichgeschlechtlichen Elternpaaren nicht befriedigend gelöst ist. ***Es sind daher dringend Modelle einer allgemeinen Elternzeit zu prüfen, um auch Vätern und gleichgeschlechtlichen Eltern einen bezahlten Urlaub nach der Geburt bzw. Adoption zu ermöglichen.***

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und
Änderungsvorschläge.

Freundliche Grüsse



Barbara Gysi
Präsidentin PACH



Karin Meierhofer
Geschäftsleiterin PACH



Seraina Berner Boadi-Attafuah
Juristische Mitarbeiterin PACH

sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bundesamtes für
Sozialversicherungen
Frau Bernadette Deplazes
Sekretariat SGK-NR
Herr Rapfael Schläpfer

Berne, 18 mai 2018

**Initiative parlementaire : Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant.
Avant-projet et rapport explicatif de la Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique du Conseil national du 25 janvier 2018**

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous consulter sur l'avant-projet mentionné ci-dessus que nous saluons.

L'adoption est un acte juridique qui établit entre deux personnes –l'adoptant et l'adopté – des relations de droit analogues à celles qui résultent de la filiation. La procédure d'adoption est définie selon des lois internationales, fédérales et cantonales. Les conditions de l'adoption figurent dans le Code civil suisse, aux articles 264 à 269c.

En Suisse, le nombre d'adoptions ne cesse de diminuer depuis 1980 où l'on comptait 1'583 adoptions et 2017 où l'on recensait 293 adoptions. A titre de comparaison, il y a eu en 2017 84'959 naissances vivantes soit presque 290 fois plus de naissances que d'adoptions. Cela signifie aussi que les coûts générés par le projet sont très faibles par rapport à l'assurance-maternité.

Nous sommes d'avis que la relation entre un enfant adopté et ses parents adoptifs doit être mise sur le même plan que les liens de parenté biologique. Une naissance et une adoption constituent deux événements d'importance comparable : dans les deux cas, toutes les personnes concernées sont fortement sollicitées au cours des semaines et mois suivant l'arrivée de l'enfant dans la famille. Si l'adoption constitue, au même titre que la naissance d'un enfant, une décision privée et relevant de la responsabilité individuelle, le législateur, suivi par le peuple le 26 septembre 2004, a estimé que les femmes devaient bénéficier d'un congé maternité.

Pro Familia Suisse considère qu'il serait opportun d'introduire une allocation en cas d'adoption **de six semaines** en complément de l'allocation de maternité afin de respecter l'égalité entre l'adoption et les liens de parenté biologiques et de prendre en considération le fait que les parents adoptifs doivent faire face aux mêmes défis que les parents biologiques. La commission considère que, dans le cas d'une adoption, la mère n'a pas besoin de temps pour se remettre de l'accouchement, ce qui peut justifier une durée d'indemnisation plus courte que lors d'une naissance. Si nous sommes d'accord avec cette argumentation, nous pensons que l'interdiction de 8 semaines de la mère de travailler correspond justement au temps nécessaire pour ne pas mettre en danger sa santé (Art 35a LT). Il reste donc 6 semaines qui doivent être accordées indépendamment de ce que la femme mettrait au monde un enfant ou l'adopte.

Nous saluons aussi le fait que les conditions donnant droit à l'allocation en cas d'adoption se basent sur celles de l'allocation de maternité, mais ne sont pas limitées aux femmes. Une adoption n'étant pas directement liée à l'accouchement, et par respect de l'égalité de traitement au sein de la famille, le modèle présenté prévoit que les parents adoptifs puissent choisir librement qui bénéficiera d'une allocation sous la forme d'un congé de deux semaines financé par l'APG, congé qui pourra d'ailleurs être partagé entre les deux parents. Ce droit serait octroyé aux personnes exerçant une activité professionnelle et adoptant un enfant âgé de moins de quatre ans.

Cependant, si nous saluons le projet de la commission, nous divergeons sur deux autres points : l'âge d'adoption qui donne droit aux allocations. Si l'on considère, les années 2015 et 2016 (dernières données disponibles), seule une minorité des enfants ont entre 0 et 4 ans lorsqu'ils sont adoptés. En 2015, il y avait 109 enfants entre 0 et 4 ans sur 329 adoptions et en 2016 82 enfants entre 0 et 4 ans sur 363 enfants adoptés. **Une limitation de l'indemnité jusqu'à 4 ans ne couvrirait ainsi pas 77 % des cas d'adoption pour 2016!** On peut dès lors s'interroger sur la pertinence d'un tel projet de loi.

Le **deuxième point** concerne le fait qu'il nous semble peu adéquat de prendre le congé en bloc alors que parents adoptifs consacrent le temps du congé autant à s'occuper de l'enfant adopté qu'à remplir différentes tâches administratives qui peuvent s'étaler sur une durée plus espacée.

Espérant que nos remarques pourront être prises en considération, nous vous transmettons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

PRO FAMILIA SUISSE



Valérie Piller Carrard
Présidente, Conseillère nationale



Dr. Philippe Gnaegi
Directeur

sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bundesamtes für
Sozialversicherungen
Frau Bernadette Deplazes
Sekretariat SGK-NR
Herr Rapfael Schläpfer

Bern, 18. Mai 2018

Parlamentarische Initiative: Einführung einer Adoptionsentschädigung. Vorentwurf und erläuternder Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 25. Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung nehmen können und wir begrüßen den Vorentwurf.

Die Adoption ist ein Rechtsakt, der eine Rechtsbeziehung zwischen zwei Personen (der adoptierenden Person und dem Adoptivkind) festlegt, welche dem Eltern-Kind-Verhältnis entspricht. Das Adoptionsverfahren wird in internationalen, eidgenössischen und kantonalen Gesetzen geregelt. Die Bestimmungen sind im Schweizerischen Zivilgesetzbuch in den Artikeln 264 bis 269c beschrieben.

Die Zahl der Adoptionen in der Schweiz geht seit 1980 kontinuierlich zurück. Im Jahr 1980 wurden 1'583 Adoptionen und im Jahr 2017 nur noch 293 verzeichnet. Im Vergleich dazu: Im 2017 gab es 84'959 Lebendgeburten. Das heisst, es gab 290 Mal mehr Lebendgeburten als Adoptionen. Das bedeutet auch, dass die Kosten für einen durch die EO finanzierten Adoptionsurlaub von zwei Wochen sehr gering sind im Vergleich zu den Kosten einer Mutterschaftsversicherung.

Pro Familia Schweiz ist der Meinung, dass das Verhältnis zwischen dem adoptierten Kind und seinen Adoptiveltern gleichwertig zu gewichten ist, wie dasjenige einer biologisch entstandenen Elternschaft. Eine Geburt und eine Adoption sind zwei Ereignisse von vergleichbarer Bedeutung. Die ersten Wochen und Monate, in denen ein Kind in eine neue Familie aufgenommen wird, ist in jedem Fall eine Zeit, die alle Beteiligten stark fordert. Wenn die Adoption, so wie die Geburt eines Kindes, als ein eigenverantwortlicher Entscheid und eine private Angelegenheit betrachtet wird, so haben das Parlament und die Schweizerische Bevölkerung am 26. September 2004 darüber abgestimmt, dass die Frauen eine Mutterschaftsentschädigung bekommen sollten.

Pro Familia Schweiz hält es für angemessen, ergänzend zur Mutterschaftsentschädigung, eine Adoptionsentschädigung von **sechs Wochen** einzuführen – sowohl aus Sicht einer Gleichberechtigung des entstandenen Kindesverhältnisses bei der Adoption und der Geburt, als auch aus Sicht der vergleichbaren Herausforderungen für die Adoptiveltern. Bei der konkreten Ausgestaltung der Entschädigung hat die Kommission mitberücksichtigt, dass – im Vergleich zur Geburt – die Erholungszeit der Mutter wegfällt, was eine zeitliche Beschränkung des Anspruchs rechtfertigt. Wenn wir mit dieser Argumentation einverstanden sind, denken wir, dass das Arbeitsverbot von 8 Wochen bei der Mutter der notwendigen Zeit entspricht, um ihre Gesundheit nicht zu gefährden (Art 35a ArG). Es bleibt noch sechs Wochen, die vergeben müssen unabhängig, ob die Frau ein Kind an die Welt bringt oder adoptiert.

Wir begrüßen, dass die Anspruchsvoraussetzungen für die Adoptionsentschädigung sich grundsätzlich an der Mutterschaftsentschädigung orientieren und sich nicht auf Frauen beschränken. Da die Adoption nicht an eine Geburt anknüpft, sowie aus Respekt vor der Gleichberechtigung in der Familie, sieht das Modell vor, dass die Adoptiveltern frei wählen können, wer von ihnen die Entschädigung in Form eines über die EO finanzierten Urlaubs von zwei Wochen bezieht. Sie können sich auch für eine Aufteilung des Anspruchs entscheiden. Der Anspruch gilt für erwerbstätige Personen, die ein Kind zur Adoption aufnehmen, das weniger als vier Jahre alt ist.

Wir begrüßen zwar den Entwurf der Kommission, unterscheiden uns jedoch in zwei anderen Punkten: dem Alter, welches Zulagen rechtfertigt, und dem Urlaubszeitpunkt. Betrachtet man die Jahre 2015 und 2016 (neueste verfügbare Daten), so ist nur eine Minderheit der Kinder zwischen 0 und 4 Jahre alt zum Zeitpunkt ihrer Adoption. Im Jahre 2015 gab es unter den 329 Adoptionen lediglich 109 Kinder zwischen 0 und 4 Jahren und im Jahre 2016 waren von den 363 Adoptionen gerade mal 82 Kinder zwischen 0 und 4 Jahre. **Eine Begrenzung des Alters bis 4 Jahre würde somit 77 % der Adoptionsfälle für 2016 nicht abdecken!** Man kann daher die Relevanz eines solchen Gesetzes in Frage stellen.

Die **zweite Bemerkung** betrifft den Punkt, dass es nicht geeignet ist, dass der Urlaub am Stück genommen werden muss, weil die Eltern die Zeit des Adoptionsurlaubs sowohl dem adoptierten Kind widmen wie auch den administrativen Aufgaben, die anfallen.

Wir hoffen, dass Sie unsere Bemerkungen wohlwollend zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen werden.

Freundliche Grüsse

PRO FAMILIA SCHWEIZ



Valérie Piller Carrard
Präsidentin, Nationalrätin



Dr. Philippe Gnaegi
Direktor

Kommission für Soziale Sicherheit und
Gesundheit
3003 Bern

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 15. Mai 2018

Vernehmlassung Parl. Initiative Romano 13.478: Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns am obenerwähnten Vernehmlassungsverfahren beteiligen zu können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB begrüsst den Vorschlag, das Erwerbsersatzgesetz EOG um einen Adoptionsurlaub und eine Adoptionsentschädigung zu ergänzen. Artikel 21 (Adoption) der UN-KRK schreibt vor, dass dem Kindeswohl bei der Adoption höchste Bedeutung zugemessen wird. Dies bedeutet, dass gute Rahmenbedingungen für den Aufbau und die Festigung der Beziehung zu den Adoptiveltern im Gesetz verankert werden. Der vorliegende Entwurf ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, greift jedoch zu kurz.

Die vorgeschlagene Lösung von insgesamt zwei Wochen mit einer Reduktion des Beschäftigungsgrads von mind. 20 Prozent scheint uns für den Beziehungsaufbau bei weitem nicht ausreichend. Ebenso erachten wir die Alterslimite des Adoptivkindes von vier Jahren als zu tief. Ausserdem schlagen wir vor, dass der Urlaub und die Entschädigung im Fall einer gemeinschaftlichen Adoption zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden müssen, um eine einseitige Verantwortung für die Kinderbetreuung zu vermeiden.

Wir schlagen deshalb folgende Änderungen vor:

Art. 16i Abs. 1 Buchst. a

ein weniger als ~~vier~~ zwölf Jahre altes Kind zur Adoption aufnehmen;

Begründung

Nicht nur Kleinkinder, auch Kinder in der frühen und mittleren Kindheit, brauchen Zeit, um stabile Beziehungen aufzubauen. Die Adoption von Kindern bis zu zwölf Jahren muss deshalb zur Anspruchsberechtigung führen.

Art. 16i Abs. 2 Buchst. a.

müssen beide Elternteile die Voraussetzungen nach Abs. 1 ~~Buchstaben a – e~~ Buchstabe a erfüllen;

Art. 16i Abs. 2 Buchst. b.

muss ein Elternteil die Voraussetzung nach Absatz 1 ~~Buchstabe d~~ Buchstaben b – d erfüllen;

Begründung

Analog zum Mutterschaftsurlaub darf die Anspruchsberechtigung nicht von der Erwerbssituation der Partnerin oder des Partners abhängig gemacht werden, sondern muss ein individuelles Recht bleiben.

Art. 16k Abs. 1 (streichen)

~~Unabhängig davon, ob die Erwerbstätigkeit unterbrochen oder der Beschäftigungsgrad reduziert wird, endet der Anspruch am 14. Tag nach seinem Beginn.~~

Begründung

Der Bezug des Adoptionsurlaubs in Teilzeit darf nicht zu einer Reduktion des Anspruchs führen, die Bezugsdauer muss deshalb entsprechend verlängert werden.

Art. 329g Abs. 1

Nimmt die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ein Kind zur Adoption auf, so hat sie oder er bei Erfüllen der Voraussetzungen gemäss Art. 16i EOG Anspruch auf einen Adoptionsurlaub von ~~zwei~~ mindestens vierzehn Wochen.

Art. 329g Abs. 2

~~Der Adoptionsurlaub kann als Unterbruch der Erwerbstätigkeit oder in Teilzeit. Als Adoptionsurlaub gilt ein Unterbruch der Erwerbstätigkeit oder eine Reduktion des Beschäftigungsgrads um mindestens 20 Prozent. Der Urlaub muss innerhalb des ersten Jahres nach Aufnahme des Kindes bezogen werden.~~

Begründung

Der Bezug in Teilzeit ist sinnvoll, darf jedoch nicht zu einer Reduktion des Anspruchs führen.

Art. 329g Abs. 3

~~Bei einer gemeinschaftlichen Adoption wird er hälftig unter beiden Elternteilen aufgeteilt. Er kann von einem Elternteil bezogen oder unter den Eltern aufgeteilt werden. Ein gleichzeitiger Bezug ist ausgeschlossen. Die Eltern dürfen ihren Beschäftigungsgrad insgesamt nicht um mehr als 100 Prozent reduzieren.~~

Begründung

Eine hälftige Aufteilung fördert die ausgewogene Aufteilung der Familienverantwortung und folglich auch die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Nicht befriedigend gelöst ist die Situation der bezahlten Urlaube, wenn gleichgeschlechtliche Paare Eltern werden. Grundsätzlich können wir die Ausklammerung der Stiefkindadoption von der Anspruchsberechtigung nachvollziehen und wir heissen gut, dass damit die Ungleichbehandlung verschiedener Familienformen verhindert wird. Wir möchten jedoch dringend anregen, dass Modelle der Elternzeit geprüft werden, die auch Vätern sowie gleichgeschlechtlichen Eltern Anspruch auf bezahlten Urlaub nach Geburt/ Adoption von Kindern zugesteht.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin

Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique

3003 Berne

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Berne, le 15 mai 2018

Initiative parlementaire 13.478 « Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant » ; consultation

(Le texte allemand fait foi.)

Monsieur le président,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous donner la possibilité de prendre position sur l'objet précité.

L'Union syndicale suisse (USS) se félicite que la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG) soit complétée avec un congé d'adoption et une allocation pour adoption. L'article 21 (Adoption) de la Convention relative aux droits de l'enfant des Nations Unies prescrit qu'en cas d'adoption, l'intérêt supérieur de l'enfant est la considération primordiale. Cela signifie que la loi doit prévoir des conditions-cadres de qualité pour que des relations avec l'enfant soient établies et consolidées. Le présent projet est un premier pas dans la bonne direction, mais il est insuffisant.

La solution proposée d'un congé d'adoption de deux semaines en tout avec une réduction d'au moins 20 % du taux d'occupation nous paraît de loin insuffisante pour établir des relations. Nous estimons également que l'âge limite fixé à quatre ans pour l'enfant adopté est trop bas. Nous proposons en outre que le congé et l'allocation doivent être répartis entre les deux parents dans le cas d'une adoption conjointe, afin d'empêcher que la responsabilité de la prise en charge de l'enfant ne soit unilatérale.

Nous proposons par conséquent les modifications suivantes :

Article 16i alinéa 1 lettre a

accueillent un enfant de moins de 12 ans en vue de son adoption

Exposé des motifs

Non seulement les très jeunes enfants, mais aussi les enfants de la petite et de la moyenne enfance ont besoin de temps pour établir une relation stable. L'adoption des enfants jusqu'à 12 ans doit par conséquent justifier le droit à l'allocation.

Article 16i alinéa 2 lettre a

les conditions de l'al.1 , ~~let. a à e~~, lettre a, doivent être remplies par les deux parents

Article 16i alinéa 2 lettre b

la condition de l'al. 1, ~~let. d~~, let. b – d doit être remplie par l'un des deux parents

Exposé des motifs

Comme pour le congé de maternité, le droit à l'allocation ne doit pas dépendre de l'activité lucrative du ou de la partenaire, mais rester un droit individuel.

Article 16k alinéa 1 (biffer)

~~Le droit s'éteint le 14e jour à partir du jour où il a été octroyé, que l'activité lucrative ait été interrompue ou réduite.~~

Exposé motifs

Les personnes qui travaillent à temps partiel ne doivent pas voir leur droit au congé de maternité réduit ; la durée du congé doit de ce fait être prolongée en conséquence.

Article 329g alinéa 1

Tout travailleur ou toute travailleuse qui accueille un enfant en vue d'une adoption a droit à un congé d'adoption de ~~deux~~ quatorze semaines au moins pour autant que les conditions visées à l'art. 16 i LAPG soient remplies.

Article 329g alinéa 2

Le congé d'adoption peut prendre la forme d'une interruption de l'activité lucrative ou ~~d'une réduction d'au moins 20 % du taux d'occupation~~ d'une activité à temps partiel. Il doit être pris pendant l'année qui suit l'accueil de l'enfant.

Exposé des motifs

La prise d'un congé d'adoption lorsque l'on travaille à temps partiel est quelque chose de judicieux, mais ne doit pas entraîner une réduction du droit.

Article 329g alinéa 3

~~Il peut être pris par l'un des parents ou être partagé entre eux. Les parents ne peuvent le prendre simultanément. La réduction du taux d'occupation ne peut dépasser 100% au total.~~ En cas d'adoption conjointe, il est partagé par moitié entre les deux conjoints.

Exposé des motifs

Une répartition en deux moitiés favorisera une répartition équilibrée de la responsabilité familiale et, par conséquent, aussi de l'égalité entre femmes et hommes.

La situation des congés payés n'est pas résolue de manière satisfaisante lorsque des personnes du même sexe deviennent parents. Fondamentalement, nous pouvons comprendre que l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire ne donne pas droit à une allocation et nous approuvons le fait que, par là, on évite une inégalité de traitement entre des formes de famille différentes. Mais il nous semble urgent de suggérer que l'on étudie des modèles de congé parental qui accordent aux pères et aux parentes de même sexe un droit à un congé payé après la naissance ou l'adoption d'un enfant.

En vous remerciant de prendre en considération nos remarques et propositions, nous vous prions d'agréer, Monsieur le président, Madame, Monsieur, l'expression de notre haute considération.

UNION SYNDICALE SUISSE



Paul Rechsteiner
Président



Regula Bühlmann
Secrétaire centrale

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Commission de la sécurité sociale et
de la santé publique du
Conseil national
par e-mail :
sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Berne, le 17 mai 2018

13.478 Initiative parlementaire. Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant

Mesdames, Messieurs,

Vous nous avez invités à nous prononcer sur le projet cité en titre et c'est avec plaisir que nous vous transmettons notre position et nos suggestions.

Remarques générales

Travail.Suisse, l'organisation faîtière indépendante des travailleurs et des travailleuses, soutient le principe général de la proposition du Conseiller national Marco Romano de créer un congé d'adoption en Suisse, proposition qui est à l'origine de ce projet de modification de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG). Depuis de nombreuses années, nous demandons à ce que les parents adoptifs puissent bénéficier des mêmes droits que les parents naturels.

Toutefois, le projet de la commission CSSS comporte des éléments que nous ne pouvons accepter. Pour chacun d'entre eux, nous expliquons nos raisons et formulons une proposition de modification.

Ayants droit

Limiter l'adoption (donnant droit aux allocations) aux enfants de moins de quatre ans n'est pas justifiable, ni d'un point de vue humain, ni au plan de la psychologie ou de la pédagogie, ni en raison de l'organisation de la famille. En effet, l'adoption d'un enfant est complexe et demande beaucoup temps et d'énergie de la part des parents, ceci à tous les âges. La construction d'une relation de confiance est plus longue et difficile durant l'enfance (6 à 12 ans) que durant la petite enfance (0 à 6 ans). Travail.Suisse estime que la limite d'âge doit être posée à 12 ans, une limite

dont il est par ailleurs tenu compte par les cantons pour la déduction fiscale des frais de garde durant l'activité professionnelle des parents.

Toutefois, pour des raisons financières, il pourrait être envisageable de réduire la durée du congé d'adoption pour les adoptions d'enfants âgée entre 5 et 12 ans étant donné qu'ils ont normalement rejoint le cursus scolaire et sont pris en charge durant la journée.

La lettre a de l'article 16i al. 1 pourra être modifiée comme suit :

« Ont droit à l'allocation les personnes qui :

a. accueillent un enfant de moins de 12 ans en vue de son adoption; »

Durée insuffisante du congé d'adoption

Comme le dit très bien le rapport du projet : « *Les premières semaines, voire les premiers mois suivant l'adoption sont primordiaux, et toutes les personnes concernées devraient pouvoir démarrer de la meilleure façon possible leur nouvelle vie de famille durant cette période. Il est essentiel, pour l'enfant, d'évoluer dans un climat de confiance et de pouvoir nouer rapidement des liens avec ses parents adoptifs.* ».

C'est pourquoi le texte déposé par M. Romano faisait état d'un congé d'adoption de 12 semaines (84 jours d'allocations APG), à se répartir librement entre père et mère.

Ces 12 semaines se justifient ainsi : dans le congé maternité, la partie du congé qui s'étend au-delà de la protection de la santé de la mère (au-delà des 8 semaines suivant l'accouchement durant lesquelles la mère a l'interdiction formelle de travailler) dure 6 semaines. Cette partie sert à « *à ce que toutes les conditions soient réunies pour qu'elle (la mère) puisse créer des liens forts avec l'enfant, ce qui est essentiel pour le bon développement de la famille.* » selon votre rapport. A l'heure actuelle, le père ne bénéficie pas d'un congé payé lié à la naissance et seule la mère est en mesure d'avoir assez de temps pour créer ce lien.

Etant donné qu'une adoption est plus délicate qu'une naissance naturelle du fait de l'histoire de l'enfant et qu'il est nécessaire parfois aux parents d'entreprendre diverses démarches administratives, **ce temps de création du lien entre parents adoptants et enfant adopté ne saurait être réduite.**

En vertu de **l'égalité** des droits entre hommes et femmes, ces six semaines doivent pouvoir être accordées **autant au père qu'à la mère.**

La durée d'un congé d'adoption devrait être de douze semaines (2 x 6 semaines), à répartir entre père et mère selon le modèle suivant :

- **4 semaines (28 allocations APG) réservées à l'usage exclusif de la mère ET**
- **4 semaines (28 allocations APG) réservées à l'usage exclusif du père ET**
- **4 semaines (28 allocations APG) librement partagées entre les parents.**

Si l'un ou l'autre renonce à sa partie réservée, elle est perdue (voir chapitre suivant). Ainsi, pour chacun des parents, si les parents choisissent que les 4 semaines à se partager sont prises par un seul des deux, la durée maximale pour l'un pourra être de 56 allocations individuelles et pour l'autre 28. L'idéal est que père et mère adoptifs se partagent équitablement ces 4 semaines pour

totaliser chacun 6 semaines (4 réservées + 2 partagées, ou 42 allocations chacun), mais il convient de laisser décider les familles de la façon dont elles désirent vivre ce moment de l'adoption.

Le congé d'adoption doit être individuel et non transmissible

L'expérience a démontré que quand le congé (de naissance) peut être transmis d'un parent à l'autre, ce sont souvent les femmes qui prolongent le leur, de sorte qu'elles sont absentes plus longtemps du marché du travail. Cet état de fait s'explique très souvent par la différence salariale entre femmes et hommes (les couples choisissent celui – ou plutôt celle – qui gagne le moins pour rester plus longtemps absente). Cela cimente à terme la répartition sexuée du travail domestique et familial et compromet la situation professionnelle des femmes. Afin de permettre une meilleure égalité entre père et mère, plusieurs pays européens ont déclaré une partie du congé de naissance (paternité ou parental) non transmissible. S'il n'est pas pris par le père, il est alors perdu pour la famille.

Une telle part réservée doit être adoptée pour le congé d'adoption. Chaque parent adoptif conserve sa liberté de prendre ou ne de pas prendre un congé d'adoption, mais s'il ou elle y renonce, le congé qui lui est réservé ne peut être transmis à l'autre parent et il est perdu.

L'article 16k « Extinction du droit » pourra être modifié comme suit :

- 1 Le droit s'éteint après 56 allocations journalières au maximum à partir du jour où il a été octroyé, que l'activité lucrative ait été interrompue ou réduite.
- 2 Le droit individuel exclusif de chacun des parents est de maximum 28 allocations journalières.
- 3 En plus du droit individuel non transmissible, les parents disposent de 28 allocations journalières à se partager librement.

L'article 16i al. 3 pourra être modifié comme suit :

« Chacun des parents bénéficie d'un congé d'adoption individuel. Si un des parents renonce à une partie de son congé, son droit aux allocations restantes ne peut pas être transmis à l'autre parent. »

L'article 329g du Code des obligations pourra être modifié comme suit :

- 1 Tout travailleur ou toute travailleuse qui accueille un enfant en vue d'une adoption a droit à un congé d'adoption de huit semaines (56 jours) au maximum pour autant que les conditions visées à l'art. 16i LAPG soient remplies.

Le congé d'adoption doit pouvoir être pris à la journée, de manière flexible et simultanée, si tel est le souhait des parents

- **Non à l'art. 329g al. 3 CO**
- **Non à l'art. 16k LAPG**
- **Non à l'art. 16i al. 1 lettre d LAPG**

Comme pour le futur congé paternité, il doit être possible de prendre le congé d'adoption par journées complètes et pas seulement en un bloc.

La difficulté du décompte n'en est pas une. Pour simplifier les démarches administratives, on peut prévoir un décompte unique au terme du droit aux allocations journalières du travailleur ou de la travailleuse (rappel : au minimum 28 et au maximum 56) et au plus tard au terme de l'année qui suit la naissance du droit. Cette flexibilité permet aux entreprises et aux parents de mieux aménager le temps de travail, de rester actifs mais à temps réduit durant la période d'adoption, qui dure aussi longtemps qu'il reste des allocations journalières, durant l'année qui suit l'adoption.

L'article 329 g al. 3 pourra être modifié comme suit :

« Il peut être pris par chacun des parents. Les parents peuvent le prendre simultanément. »

Travail.Suisse estime qu'il n'est pas justifié d'interdire aux parents de bénéficier du congé d'adoption de manière simultanée. Cette interdiction entrave leur liberté d'organisation.

De plus, si les deux parents bénéficient de jours de congé d'adoption en même temps, et pour autant qu'ils réduisent suffisamment chacun leur temps de travail durant la période de retrait d'allocations, alors il leur devient possible d'assurer la présence d'au moins un parent chaque jour de la semaine tout en travaillant. Prises par journées, les allocations permettent aux parents d'assurer leur présence durant cette période délicate de l'accueil durant plusieurs semaines, voire plusieurs mois. Mais la condition de la réduction du temps de travail à l'article 16i lettre d ne peut être prévue que si elle est s'accompagne de la flexibilité du retrait du congé d'adoption par journées. En matière d'adoption, c'est le bien de l'enfant qui doit rester l'objectif premier visé par le législateur.

Pour le bien de l'enfant et assurer la qualité de l'intégration au sein de la famille, le législateur peut exiger que père et mère, s'ils ne veulent pas interrompre leur activité professionnelle, réduisent chacun leur temps de travail de telle sorte qu'ils peuvent ensemble assurer la présence et la garde de leur enfant sans avoir recours à des tiers. Ceci durant une période dont la longueur dépendra du nombre d'allocations retirées à la journée par l'un et l'autre, une période qui dépend elle-même du pensum de départ de l'un et de l'autre. Le père et la mère doivent réduire chacun suffisamment leur temps de travail pour assurer une présence parentale durant toute la semaine de travail, qui compte en général cinq jours.

Les deux exemples suivants illustrent concrètement la situation selon le texte de la commission et la situation selon notre proposition.

Exemple basé sur l'actuel Article 16i lettre d

Monsieur réduit son temps de travail de 100% à 80% (4 jours de travail / semaine) et bénéficie d'une allocation d'adoption 1 jour par semaine. Madame réduit son temps de travail de la même manière (100 à 80%) et s'occupe de leur enfant 1 autre jour. Il reste 3 jours durant lesquels aucun des parents n'est présent pour s'occuper de l'enfant. Ils doivent confier sa garde à autrui. La proposition actuelle n'est pas conçue dans le bien de l'enfant qui vient d'arriver dans une nouvelle famille.

Notre proposition est de préciser que les parents sont tenus de pouvoir eux-mêmes assurer la garde et l'accompagnement de leur enfant adopté s'ils entendent continuer de travailler au moment de l'arrivée de l'enfant.

L'article 16i lettre d « Ayants droit » est à modifier comme suit :

1 Ont droit à l'allocation les personnes qui :

(...)

d. ont interrompu leur activité lucrative ou ont réduit leur taux d'occupation pendant l'année qui suit l'accueil de l'enfant de telle sorte qu'elles sont en mesure d'assurer seules ou avec le ou la partenaire une présence parentale complète chaque jour de la semaine sans avoir recours à des tiers (congé d'adoption au sens de l'art. 329g du code des obligations).

Exemple basé sur notre proposition :

Madame travaille à 100% et Monsieur à 80% pour un total de 180% à eux deux. Pour assurer 5 jours de présence parentale par semaine, ils ne peuvent travailler que pour un total de 100% à deux. Madame pourra par exemple travailler à 60% (durant 3 jours) et Monsieur à 40% au maximum (2 jours). Les parents sont libres de s'organiser comme ils le veulent, mais ils doivent assurer une présence parentale complète eux-mêmes.

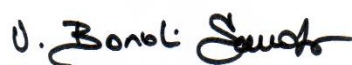
Partant de l'hypothèse qu'aucun des deux ne renonce à sa part réservée, et qu'ils se partagent les 4 dernières semaines équitablement, père et mère disposent chacun de 42 allocations journalières au maximum. En combinant les allocations reçues à raison de 2 par semaine pour Madame et de 3 par semaine pour Monsieur, la durée du congé d'adoption durera 21 semaines pour Madame ($42 / 2 = 21$) et 14 semaines pour Monsieur ($42 / 3 = 14$), pour autant qu'ils continuent de travailler et l'un et l'autre. Ce sont des périodes suffisamment longues pour espérer une intégration harmonieuse de l'enfant, avec la présence constante d'au moins un des deux parents.

Cette manière de faire est bien plus simple que le système proposé par votre commission, un système hybride qui impose de réduire le temps de travail pour bénéficier d'allocations d'adoptions (ne couvrant que le 80% du manque à gagner) mais autorise quand même de continuer de travailler tout en bénéficiant d'allocations, en s'assurant que la reprise ne dépasse pas la réduction de 20% exigée... Voilà qui est bien compliqué ! La surveillance du taux d'activité à la reprise signifie un surcroît de travail administratif pour les entreprises, qui vont devoir interdire les heures supplémentaires. Le plus simple est de convenir entre employeur et employés de la meilleure manière d'organiser travail et absence (dédommagées par les APG) en fonction des besoins des uns et des autres, et de s'y tenir durant toute la durée du dédommagement par les allocations d'adoption, mais sans que cet arrangement n'ait besoin d'être fixé dans la loi.

Nous vous remercions de tenir compte de notre avis et de nos suggestions de modification et vous prions de recevoir, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.



Adrian Wüthrich
Président



Valérie Borioli Sandoz
Responsable Politique de l'égalité

Nationalrätliche Kommission für soziale
Sicherheit und Gesundheit (SGK-NR)
3003 Bern

Per Mail an: sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Bern, 23. Mai 2018 sgv-Gf/st

Vernehmlassungsantwort

13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 16. Februar 2018 hat uns der Kommissionspräsident eingeladen, zur parlamentarischen Initiative 13.478 (Einführung einer Adoptionsentschädigung) Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 230 Verbände und gegen 500'000 Unternehmen, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Aus nachfolgenden Überlegungen sind wir der Meinung, dass auf die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.478 zu verzichten ist:

- **Keine sozialpolitische Notwendigkeit:** Adoptionsurlaube stellen keine sozialpolitische Notwendigkeit dar. Keine Frau riskiert wegen einer Adoption einen Einkommensausfall, wie dies bei einer Mutterschaft bis zur Verabschiedung der EO-Revision möglich war. Wer eine Adoption mit einem Urlaub verknüpfen will, kann hierzu einen Teil des ihm zustehenden Anspruchs auf Ferientage einsetzen oder aber einen unbezahlten Urlaub in Anspruch nehmen. Einkommensausfälle sind bei Adoptionsurlauben wesentlich begrenzter als bei Mutterschaftsurlauben und betreffen zudem verstärkt Personen in gesicherteren Einkommensverhältnissen, so dass hierfür keine staatlich verordnete Lohnfortzahlungspflicht erforderlich ist.
- **Kein Schutzbedürfnis:** Eine Geburt ist für jede Frau mit einer grossen körperlichen Anstrengung verbunden, welche einen gesetzlich verordneten Urlaub (und damit auch eine entsprechende Lohnfortzahlungsgarantie) rechtfertigt. Dieses Element fehlt bei einer Adoption. Aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes gibt es deshalb keine Rechtfertigung für Adoptionsurlaube.
- **Kein Verfassungsauftrag:** Art. 116 Abs. 3 der revidierten Bundesverfassung verlangt lediglich die Errichtung einer Mutterschaftsversicherung. Einen Anspruch auf Adoptionsurlaube sieht unser Grundrecht demgegenüber nicht vor.

- **Falsches Signal:** Obwohl sich die Mehrkosten für Adoptionsurlaube einigermaßen in Grenzen halten, würde ein falsches Zeichen gesetzt, wenn erneut Mehrausgaben beschlossen würden.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Kurt Gfeller
Vizedirektor



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
3003 Bern

Per Mail: sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 5. April 2018

Pa.lv. 13.478 «Einführung einer Adoptionsentschädigung»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Anhörung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Teilnahme verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz

Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
3003 Bern

Per E-Mail an: sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

17. Mai 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu 13.478 Pa.Iv. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den Erläuternden Bericht zu 13.478 Pa.Iv. Einführung einer Adoptionsentschädigung und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen begrüssen die Vorlage. Bei einer Adoption, insbesondere im frühesten Kindesalter, sind die Rahmenbedingungen der Familie, die ein Kind bei sich aufnimmt, mitentscheidend für dessen Entwicklung und das Gleichgewicht in der Familie. Gerade die ersten Wochen und Monate nach einer Adoption sollten allen Beteiligten einen möglichst guten Start in das neue Familienleben ermöglichen. Die Vorlage sieht daher für erwerbstätige Personen einen über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanzierten Adoptionsurlaub von zwei Wochen vor, wenn ein unter 4-jähriges Kind adoptiert wird. Für den Anspruch auf die Entschädigung muss die Erwerbstätigkeit nicht komplett unterbrochen werden. Eine Pensumsreduktion um mindestens 20% soll gemäss Vorlage genügen.

Die Adoptiveltern können frei wählen, wer von ihnen den Adoptionsurlaub bezieht. Sie können sich auch für eine Aufteilung des Anspruchs entscheiden, was die Grünliberalen ausdrücklich begrüssen. Aus Gründen der Gleichberechtigung sollte im Grunde verlangt werden, dass entweder beide Elternteile die Erwerbstätigkeit unterbrechen oder keiner von beiden (Pensumsreduktion), um Anspruch auf Adoptionsurlaub zu haben (vgl. 16.453 Pa.Iv. Bertschy. Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit). Mit Blick auf die kurze Dauer des Adoptionsurlaubs kann aber auf weitergehende Vorgaben verzichtet werden, damit die Regelung nicht zu kompliziert wird.

Die finanziellen Auswirkungen der Vorlage sind zudem sehr moderat (gemäss Berechnungen des BSV weniger als 200'000 Franken pro Jahr; vgl. Erläuternder Bericht, Ziff. 4.1). Der heutige Beitragssatz für die EO müsste daher nicht erhöht werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 21. Mai 2018

13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Die SVP lehnt die Einführung einer Adoptionsentschädigung auf Bundesebene aus föderalistischen Erwägungen ab. Familienpolitik ist eine der Kernkompetenzen der Kantone. Diese haben denn auch bereits heute die Kompetenz, Adoptionsentschädigungen einzuführen. Einige Kantone machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Andere Kantone hingegen sehen dafür keine Notwendigkeit. Von Seiten des Bundes besteht daher kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Hinzu kommt, dass es sich bei den Änderungen um einen ungerechtfertigten Leistungsausbau handelt. Eine Adoption ist ein eigenverantwortlicher Entscheid. Wer diesen Entscheid trifft, muss selber dafür besorgt sein, dass er die Adoption in finanzieller und betreuerischer Hinsicht bewältigen kann.

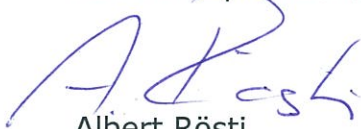
Aus den angeführten Gründen unterstützt die SVP die Kommissionsminderheit auf Nichteintreten und lehnt diese Gesetzesänderung ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Die stv. Generalsekretärin



Albert Rösti
Nationalrat



Silvia Bär

Commission de la sécurité sociale et
de la santé publique
3003 Berne

Berne, 18 mai 2018 / nb
VL Adoptionsentschädigung

Par e-mail: sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Iv.pa. 13.478. Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux rejette clairement le projet présenté. Les députés PLR avaient déjà exprimé leur opposition à l'introduction d'allocations en cas d'adoption lors des discussions en commission.

Cette modification législative ne concernerait certes que peu d'individus. Le PLR est bien entendu conscient des difficultés qui peuvent accompagner une procédure d'adoption. Il faut cependant distinguer le désirable du nécessaire. Au vu du gonflement important et continu des dépenses sociales ces dernières années, il convient de ne pas lancer de signal dans la mauvaise direction. Les prestations sociales sont déjà généreuses. Pour garantir la durabilité de notre système social, leur expansion doit être évitée.

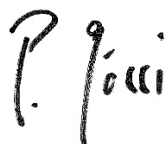
Une adoption n'est pas comparable à une maternité. Dans ce dernier cas, il existe des raisons biologiques claires qui rendent un arrêt de travail de la mère nécessaire. Ces motifs ne sont pas valables pour une adoption: le versement d'allocations ne peut donc pas se justifier.

En outre, l'article 16h de la Loi sur les allocations pour perte de gains (LAPG) donne aujourd'hui déjà la possibilité aux cantons d'instaurer une allocation d'adoption. Ne s'agissant pas d'une mesure strictement nécessaire, le PLR estime que cette option laissée aux cantons est amplement suffisante.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général



Petra Gössi
Conseillère nationale



Samuel Lanz



Per E-Mail an:
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 22. Mai 2018

Vernehmlassungsantwort zur Einführung einer Adoptionsentschädigung, 13.478 Parlamentarische Initiative.

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit, zu obgenannter Parlamentarischer Initiative Stellung zu nehmen.

Die EVP Schweiz unterstützt die Vorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG), wie sie die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) verabschiedet hat. Wie die Kommissionsmehrheit erachtet sie die vorgeschlagene Adoptionsentschädigung mit den zwei Wochen Urlaub als moderat und aus familienpolitischer Sicht absolut angebracht. Für die EVP ist ein solcher Urlaub primär im Interesse des adoptierten Kindes. Die damit verbundenen Kosten halten sich in einem überschaubaren Rahmen und sind verkraftbar.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz

Dominik Währy
Generalsekretär EVP Schweiz

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per E-Mail an
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 23. Mai 2018

Vernehmlassung: 13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Parlamentarischen Initiative «Einführung einer Adoptionsentschädigung» Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Eine Familiengründung ist sinnstiftend und ein wertvoller Beitrag an die Gesellschaft. Familien heutzutage sehen sich jedoch auch mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Um diesen gerecht zu werden, brauchen Familien Zeit, Geld und Infrastrukturen. Die Familienpolitik der CVP will Rahmenbedingungen schaffen, die für Familien optimal sind. Das Wohl des Kindes steht dabei im Zentrum.

Die von Nationalrat Marco Romano eingereichte Pa. Iv. «Einführung einer Adoptionsentschädigung» vom 12. Dezember 2013 verlangt eine finanzielle Unterstützung von Familien, die sich für die Adoption eines Kindes unter 4 Jahren entscheiden. Der ursprüngliche Vorschlag der Pa. Iv. sah einen 12-wöchigen Adoptionsurlaub vor. Den Urlaub können sich beide Eltern aufteilen. Die Finanzierung erfolgt über die Erwerbsersatzordnung (EO).

Nachdem die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) beider Räte der Pa. Iv. Folge gegeben haben, hat die SGK des Nationalrates in Umsetzung der Pa. Iv. am 25. Januar 2018 eine Vorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) verabschiedet.

Eine Adoption ermöglicht die Begründung eines Eltern-Kind-Verhältnisses, das beispielsweise für Eltern auf biologischem Weg nicht möglich ist. Dies ändert jedoch nichts an der Gleichwertigkeit eines durch die Adoption begründeten Kindsverhältnisses im Vergleich zu einem solchen, das auf einer biologischen Abstammung beruht. Die Adoption wie auch der biologische Kinderwunsch sind beide ein eigenverantwortlicher Akt. In Angesicht dieser Betrachtung ist es für die CVP wichtig, dass Familien mit Adoptiveltern und Adoptivkindern gleichwertig behandelt werden. Zudem ist eine Adoption mit grossem administrativem Aufwand und zeitlichem Engagement verbunden.

Anspruchsberechtigte (Art. 16i)

Eltern, die heute ein Kind adoptieren, haben keinen Anspruch auf Urlaub. Die Neuregelung sieht vor, dass sich die Voraussetzungen der Adoptionsentschädigung an der Mutterschaftsentschädigung orientieren, was die CVP für richtig hält. Eine Adoption ist aufwendig, gleichzeitig braucht der Prozess viel Zeit und Geld. Die Eltern sind beim bezahlten Urlaub zusätzlich benachteiligt, weil sie nicht dieselben Rechte haben wie Familien, in denen ein Kind zur Welt kommt.

Zumal keine Geburt stattfindet, ist es wichtig, dass der Urlaub unter beiden Eltern aufgeteilt werden kann, die dabei eine fünfmonatige Berufstätigkeit und neunmonatige Versicherungsunterstellung vorweisen müssen. Im Sinne der Gleichberechtigung in der Familie sollen Eltern wählen können, wer

den Urlaub bezieht oder ob dieser aufgeteilt werden soll. Da nach der Geburt für Mütter ein Arbeitsverbot besteht, ist es konsequent, wenn auch hier zumindest eine Reduktion des Arbeitspensums (mindestens um 20%) erfolgen muss. Andernfalls würde es sich schlichtweg um eine Adoptionszulage handeln. Des Weiteren ist es auch sinnvoll, dass die Bezugsgruppe auf Kinder unter 4 Jahren beschränkt wird, zumal die Adoption älterer Kinder bereits diverse Entlastungen mit sich bringt.

Dauer des Anspruchs (Art. 16j, Art. 16k) und finanzielle Auswirkungen

Der Vorentwurf sieht einen Urlaub von zwei Wochen bei einer Adoption eines Kindes unter 4 Jahren vor. Der ursprüngliche Vorschlag von Nationalrat Romano sah 12 Wochen vor. Beim aktuellen Vorschlag handelt es sich daher um eine pragmatische bzw. fast schon bescheidene Vorlage, die bei grosser Wirkung für die Familien nur geringfügige Kosten verursacht. Der grosse zeitliche Aufwand und administrative Hürden beanspruchen oftmals zwei bis drei Wochen der Zeit von Familien, um das Adoptionsverfahren zu durchlaufen. Vor allem in der Privatwirtschaft sind Eltern bei einer Adoption von Kleinkindern benachteiligt.

Die Kosten des Urlaubs betragen voraussichtlich weniger als 200'00 Franken pro Jahr. Das ist ein geringer Betrag. Die Anzahl der Adoptionen ist rückläufig: Die Zahl der adoptierten Kinder unter 4 Jahren belief sich 2013 auf lediglich 173 Kinder, was 40 Prozent aller Adoptionen entspricht. Der Betrag ist für die EO daher nur eine geringe Belastung und hat keine personellen Auswirkungen zur Folge.

Fazit

Einer Adoption liegt ein langwieriges, aufwendiges und kostspieliges Verfahren zugrunde. Die Rahmenbedingungen sind heute ungünstig. Die aktuelle Lücke bestraft Eltern, die sich eine Familiengründung auf diesem Weg wünschen. Oftmals verwenden die betroffenen Eltern für diesen Prozess mehrere Ferienwochen. Es ist daher folgerichtig, wenn die Eltern über einen Adoptionsurlaub nach der erfolgten Adoption verfügen können, damit Bindung und Vertrauen zwischen Kind und Eltern aufgebaut werden.

Bei der aktuellen Vorlage handelt es sich um einen bescheidenen und moderat ausgestalteten Vorschlag der SGK-NR. Die Adoption wird durch die Vorlage aufgewertet. Dies ist aus familienpolitischer Betrachtung wünschenswert. Mit dieser Vorlage kann nun eine weitere Lücke in der Familienpolitik geschlossen und den Bedürfnissen des adoptierten Kindes und der Adoptivfamilie Rechnung getragen werden. Die CVP begrüsst deshalb die Einführung einer Adoptionsentschädigung.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz



T +41 31 3266607
E gaelle.lapique@gruene.ch

Commission de la sécurité
sociale et de la santé publique
3003 Berne
Envoyée par e-mail
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Berne, le 18 mai 2018

Iv.pa. 13.478 « Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant »

Monsieur le Président de la commission,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité la position des Verts suisses sur l'objet cité en titre.

Les Verts saluent l'instauration d'un congé d'adoption. Cette proposition de la CSSS-N est un premier pas qui va dans la bonne direction. Cependant, au nom de l'intérêt supérieur de l'enfant et du respect de ses droits fondamentaux, les Verts demandent que les conditions-cadre de ce congé d'adoption soient sensiblement améliorées. En effet, se familiariser et s'adapter à un nouveau contexte culturel, à un nouveau contexte familial, à son rôle de parents, construire rapidement une relation de qualité exigent du temps. Créer une relation de confiance et un lien émotionnel est crucial pour des enfants qui ont souvent vécu des situations difficiles. Ainsi, les Verts demandent que les aspects suivants de ce projet soient améliorés :

- **Augmenter sensiblement le temps alloué au congé d'adoption** : deux semaines sont largement insuffisantes au vu des buts poursuivis. Une durée similaire au congé maternité devrait être allouée, surtout pour des enfants de moins de 4 ans. Même si le congé maternité poursuit des buts sensiblement différents (protection de la santé de la mère), parents adoptifs et biologiques doivent faire face aux mêmes défis et donc avoir les mêmes droits.
- **Augmenter la limite d'âge de l'enfant adopté donnant droit à une allocation** : les enfants d'âge moyen (soit au-delà de 4 ans) ont aussi besoin de temps pour construire une relation de qualité. Dès lors, ici aussi un congé d'adoption plus long que les deux semaines proposées devrait être envisagé (mais qui pourrait ici être sensiblement inférieur au congé maternité).

Nous vous remercions de l'accueil que vous réserverez à cette prise de position et restons à votre disposition pour toute question ou information complémentaire.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la commission, Madame, Monsieur, à l'expression de notre haute considération.

Regula Rytz
Présidente

Gaëlle Lapique
Secrétaire politique



Commission de la sécurité sociale et de la santé publique
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Berne, le 23 mai 2018

13.478 Initiative parlementaire. Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant
Procédure de consultation

Monsieur le Président,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant l'avant-projet de mise en œuvre de l'initiative parlementaire 13.478 et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Appréciation générale

En matière de politique familiale, le Parti socialiste suisse (PS) place l'égalité des chances des enfants et des parents au centre de ses préoccupations. Ainsi, tout enfant doit pouvoir bénéficier de conditions-cadre optimales favorisant son développement indépendamment de ses origines. Cela suppose l'adoption d'une définition de la famille qui respecte la diversité de ses formes. L'adoption d'un enfant constitue une possibilité comme une autre de fonder une famille. Partant, le PS se satisfait du fait que la commission tienne enfin à apporter une pierre à l'édifice en vue d'une politique sociale moderne en faveur des familles.

L'instauration d'un congé d'adoption par le biais de la loi sur les allocations pour perte de gain (LAPG) représente une revendication de longue date du PS : des propositions semblables ont été débattues dans le cadre de l'élaboration du projet pour la mise en place d'un congé-maternité ou alors dans celui d'interventions parlementaires (dont l'initiative parlementaire Maury Pasquier 07.416).

Le PS partage entièrement les considérations de la commission qui estime que la relation entre un enfant adopté et ses parents adoptifs doit être mise sur le même plan que les liens de parenté biologiques. En effet, les personnes concernées sont sollicitées aussi bien par la naissance que par l'adoption au cours des semaines et mois suivant l'arrivée de l'enfant dans la famille. Elles doivent faire face à des défis similaires. C'est pourquoi le PS salue la volonté de la commission d'introduire une allocation en cas d'adoption en complément du congé de maternité afin d'établir une égalité de traitement entre les parents

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



adoptifs et les liens de parenté biologiques. Il s'agit d'un pas dans la bonne direction.

Cela étant, il n'en demeure pas moins que ledit avant-projet reste absolument minimal et quelque peu rigide dans son agencement. Au niveau de la durée de versement de l'allocation, il est incompréhensible que l'on ne souhaite pas l'octroyer durant sept semaines au lieu de deux, ce qui correspondrait à la durée du congé-maternité. Pour des raisons d'égalité des sexes, chacun des deux parents devraient y avoir droit. La durée totale du congé d'adoption pour les deux conjoint-e-s s'élèverait ainsi à 14 semaines. D'autre part, contrairement à l'allocation de maternité octroyée à la mère après avoir mis au monde un bébé, il n'y a pas d'absolue nécessité pour l'un-e des conjoint-e-s de ménager sa santé dans l'immédiat. Le PS propose donc de rendre la perception du congé d'adoption plus flexible et privilégie l'option avec laquelle il serait possible de prendre le congé par journée ou par demi-journée. Pour conclure ces remarques générales, nous sommes d'avis que la limite d'âge de l'enfant adopté doit être relevée. A notre avis, la création d'un lien affectif avec des enfants plus âgés ne s'avère pas plus évidente qu'avec les enfants en bas âge.

Commentaire des dispositions

Sur la proposition de la minorité Pezzatti de ne pas entrer en matière

Le PS rejette fermement la proposition de la minorité de ne pas entrer en matière. Certes la situation des parents adoptifs et des parents naturels n'est pas entièrement comparable. En revanche, les parents adoptifs font face à des démarches administratives précédant l'arrivée de l'enfant adoptif dans la famille qui peuvent s'avérer usantes. De surcroît, les jours et semaines qui suivent l'accueil de l'enfant sollicitent les deux conjoint-e-s. Durant cette période, l'établissement d'un lien affectueux rapide entre les parents et l'enfant adopté constitue une étape cruciale. Comme le décrit le rapport explicatif, l'enfant doit surmonter la séparation avec ses parents biologiques tout en étant confronté, parfois, à une barrière culturelle. Dans les faits – et comme l'admettait le Conseil fédéral dans son rapport en réponse au postulat Fetz 11.3492 – ce sont des situations qui s'apparentent à la maternité et qui devraient être couvertes par l'assurance perte de gain. Au surplus, il est admis que toute forme de congé lié à l'arrivée d'un enfant dans la famille est une mesure promouvant une meilleure conciliation entre vie professionnelle et vie familiale. Or la Suisse se doit encore de fournir de gros efforts en la matière.

Ayants droit (art. 16i de l'avant-projet de modification de la LAPG)

La commission préconise de calquer les conditions d'octroi du congé d'adoption sur celles en vigueur pour le congé-maternité. Par contre, selon l'avant-projet et en cas d'adoption commune, le droit à une allocation naîtra uniquement si les deux parents auront exercé une activité lucrative durant les neuf mois précédant l'arrivée de l'accueil de l'enfant. Le PS estime qu'à l'instar du congé de maternité, le droit à l'allocation d'adoption ne doit pas dépendre de la situation professionnelle du partenaire et demeurer un droit individuel. Il n'y a pas lieu de favoriser l'un ou l'autre mode de vie des familles.

A la différence de l'allocation de maternité, les parents adoptifs auront la possibilité soit d'attribuer le congé à l'un-e ou l'autre conjoint-e ou alors de le répartir entre eux. Le PS salue cet élément innovant car il répondra aux besoins des personnes concernées et permettra de favoriser une meilleure répartition des



tâches entre les deux parents. Néanmoins, pour des raisons d'égalité des sexes, il nous apparaît essentiel que chacun des parents aient droit à une part fixe minimale de quatre semaines, le reste (six semaines) pouvant être réparti librement.

Les ayants droit auront d'autre part le choix entre une réduction du temps de travail ou une interruption de l'activité lucrative, ce que le PS accueille favorablement également. Le congé pourra être perçu durant l'année suivant l'accueil de l'enfant, ce qui représente un élément de flexibilité bienvenu.

S'agissant de la limite d'âge, le PS plaide en faveur d'un relèvement à l'âge de 18 ans révolus. Les jeunes, pour qui l'adolescence est généralement une étape de la vie critique, ont d'autant plus besoin de la présence des parents adoptifs afin de les accompagner dans une phase qui peut entraîner un certain bouleversement émotionnel. Au surplus, un rehaussement de l'âge limite se justifie par le nombre d'adoptions d'enfants âgés de 5 à 19 ans. En 2016, ils représentaient plus de la moitié des adoptions. Cela nous apparaît suffisamment considérable pour être pris en compte au niveau du congé d'adoption. Une différenciation de la durée du congé selon l'âge serait imaginable.

Début et fin du droit (art. 16j et 16k ainsi que 329g du Code des obligations)

L'avant-projet de la commission prévoit une certaine flexibilité dans la perception de l'allocation d'adoption. Ainsi, les ayants droit auront le choix de prendre leur congé dès le jour où ils accueillent l'enfant adoptif ou alors durant l'année qui suit l'accueil. Par contre, le congé devra être pris en un bloc. Nous estimons qu'une plus grande flexibilité devrait être possible afin d'accorder aux parents davantage de liberté de choix dans l'agencement de leur congé d'adoption en leur permettant de le segmenter par journée ou demi-journée pendant la première année suivant ledit accueil. D'après les adaptations envisagées du Code des obligations, il ne sera pas possible pour les parents de percevoir leur congé d'adoption de manière simultanée, ce qui ne nous apparaît pas justifié.

En outre, pour les raisons exposées ci-dessus, le PS propose de rehausser la durée de perception de deux à sept semaines, et ce pour chacun-e des conjoint-e-s. Cela concorderait avec celle du congé-maternité. Nous estimons qu'il n'y a pas lieu de créer d'inégalités de traitement à ce niveau-là. Les raisons légitimant une durée analogue sont similaires à celles exposées dans le commentaire relatif à la minorité Pezzatti. Il nous apparaît primordial que les parents disposent de suffisamment de temps pour se lier au nouvel enfant et vice versa.



En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Conseil national

Commission de la sécurité sociale
et de la santé publique

3003 Berne

Paudex, le 1^{er} mai 2018
AM/ir

13.478 Initiative parlementaire. Introduire des allocations en cas d'adoption d'un enfant

Madame, Monsieur,

Nous avons examiné le projet cité en titre et vous faisons part de nos remarques à ce sujet.

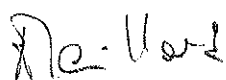
A l'instar d'une forte minorité de votre Commission, nous refusons d'entrer en matière sur ce projet, qui prévoit un congé de deux semaines, financé par le système des allocations perte de gain (APG), lors de l'adoption d'un enfant de moins de 4 ans. Comme nous avons eu souvent l'occasion de le dire, toute nouvelle extension des prestations sociales doit être examinée avec la plus grande circonspection, eu égard à la situation budgétaire difficile qui règne actuellement. Et même si le projet ne coûterait « que » 200'000 francs par année et, selon le rapport, ne « devrait » pas entraîner de modification du taux de cotisation actuel dans le régime des APG, il côtoie d'autres projets sociaux du même type, déjà traités ou encore à l'examen (modification de l'évaluation de l'invalidité pour les assurés exerçant une activité à temps partiel, modification de la loi sur les allocations familiales, tendant à élargir la notion d'allocation de formation, autre modification de la loi sur les APG destinée à rallonger la durée d'allocation de maternité en cas de séjour prolongé du nouveau-né à l'hôpital, etc.), qui tous sont justifiés par des coûts prétendument mesurés, mais qui rendent la facture totale plus salée qu'il n'y paraît au premier abord.

Par ailleurs, l'adoption est une décision relevant de la responsabilité individuelle et les personnes qui adoptent un enfant sont en général prêtes à investir le temps nécessaire pour s'occuper de l'enfant et nouer des liens avec lui. Bref, il s'agit d'une affaire privée et ce n'est pas à l'Etat qu'il appartient de soutenir financièrement les dispositions organisationnelles qui s'imposent dans ce genre de cas. A cela s'ajoute que, contrairement à une maternité et à un accouchement, l'adoption n'induit pas la nécessité de protéger la santé de la mère; les femmes qui adoptent ne sont soumises à aucune interdiction de travailler et ne subissent pas de perte de gain qui devrait être compensée.

Il y a lieu de relever enfin que certains cantons ont introduit une allocation unique d'adoption, que des CCT ou des entreprises individuelles prévoient des réglementations spécifiques en matière d'adoption et que la Confédération n'a pas à s'immiscer dans des situations de ce genre et à vouloir imposer une réglementation uniforme et contraignante.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Alain Maillard', written in a cursive style.

Alain Maillard

**Union suisse des arts et métiers
USAM**
MM. Hans-Ulrich **Bigler** et
Kurt **Gfeller**
Schwarztorstrasse 26
Case postale
3001 Berne

Paudex, le 1^{er} mai 2018
AM/ir

**13.478 Initiative parlementaire. Introduire des allocations en cas d'adoption
d'un enfant**

Messieurs,

Nous avons bien reçu le dossier cité en titre et vous remercions de nous
consulter à ce sujet.

A l'instar d'une forte minorité de la Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique du Conseil national, nous refusons d'entrer en matière sur ce
projet, qui prévoit un congé de deux semaines, financé par le système des
allocations perte de gain (APG), lors de l'adoption d'un enfant de moins de 4 ans.
Comme nous avons eu souvent l'occasion de le dire, toute nouvelle extension
des prestations sociales doit être examinée avec la plus grande circonspection,
eu égard à la situation budgétaire difficile qui règne actuellement. Et même si le
projet ne coûterait « que » 200'000 francs par année et, selon le rapport, ne
« devrait » pas entraîner de modification du taux de cotisation actuel dans le
régime des APG, il côtoie d'autres projets sociaux du même type, déjà traités ou
encore à l'examen (modification de l'évaluation de l'invalidité pour les assurés
exerçant une activité à temps partiel, modification de la loi sur les allocations
familiales, tendant à élargir la notion d'allocation de formation, autre modification
de la loi sur les APG destinée à rallonger la durée d'allocation de maternité en
cas de séjour prolongé du nouveau-né à l'hôpital, etc.), qui tous sont justifiés par
des coûts prétendument mesurés, mais qui rendent la facture totale plus salée
qu'il n'y paraît au premier abord.

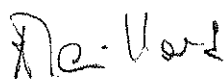
Par ailleurs, l'adoption est une décision relevant de la responsabilité individuelle
et les personnes qui adoptent un enfant sont en général prêtes à investir le
temps nécessaire pour s'occuper de l'enfant et nouer des liens avec lui. Bref, il
s'agit d'une affaire privée et ce n'est pas à l'Etat qu'il appartient de soutenir
financièrement les dispositions organisationnelles qui s'imposent dans ce genre

de cas. A cela s'ajoute que, contrairement à une maternité et à un accouchement, l'adoption n'induit pas la nécessité de protéger la santé de la mère; les femmes qui adoptent ne sont soumises à aucune interdiction de travailler et ne subissent pas de perte de gain qui devrait être compensée.

Il y a lieu de relever enfin que certains cantons ont introduit une allocation unique d'adoption, que des CCT ou des entreprises individuelles prévoient des réglementations spécifiques en matière d'adoption et que la Confédération n'a pas à s'immiscer dans des situations de ce genre et à vouloir imposer une réglementation uniforme et contraignante.

Nous vous remercions de l'intention que vous porterez à ces lignes et vous présentons, Messieurs, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Chambre vaudoise des arts et métiers



Alain Maillard



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI

**Commission fédérale de coordination pour les questions familiales
COFF**

Domaine Famille, générations et société

CH-3003 Berne, OFAS, COFF

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Mme Bernadette Deplazes
3003 Berne

Par email à : sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Notre référence: 746.1-00972 07.05.2018 No.: 12
Collaboratrice responsable: Natacha Devaux
Berne, le 17 mai 2018

Prise de position relative à l'avant-projet de modification de la loi sur les allocations pour perte de gain introduisant des allocations en cas d'adoption d'un enfant

Mesdames, Messieurs,

La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) a soumis à une procédure de consultation un avant-projet de modification de la loi sur les allocations pour perte de gain (LAPG) qui introduit des allocations en cas d'adoption d'un enfant. La Commission fédérale de coordination pour les questions familiales (COFF) soumet ci-après sa prise de position dans le délai imparti qui court jusqu'au 23 mai 2018.

Il est essentiel aux yeux de la COFF que la société reconnaisse l'importance des familles dans leur diversité et que des conditions de base favorables rendent possibles toutes les formes de famille. La COFF salue la volonté de la CSSS-N de soutenir les parents qui adoptent des enfants en bas âge en leur octroyant un congé d'adoption de deux semaines avec compensation de la perte de revenu. Elle est favorable à l'introduction d'un congé d'adoption dans une loi fédérale, ce qui permet un traitement uniforme des parents adoptants à l'échelle du pays. La COFF relève toutefois que la durée proposée pour le congé d'adoption est brève. Bien qu'il ne puisse être directement comparé avec le congé maternité de quatorze semaines qui sert notamment à la mère à se remettre de la grossesse et de l'accouchement, le congé d'adoption devrait aux yeux de la COFF être plus long que deux semaines afin de permettre aux adoptants et à l'adopté de s'accoutumer à la nouvelle vie commune et à chacun de trouver ses repères dans le foyer familial.

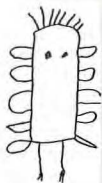
En vous remerciant de l'attention portée à la présente prise de position, nous vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos meilleures salutations.

Commission fédérale de coordination pour les questions familiales COFF

Pour le comité ad interim :

Dorothee Guggisberg

Office fédéral des assurances sociales OFAS
Secrétariat de la Commission fédérale de coordination
pour les questions familiales COFF
Effingerstrasse 20, CH-3003 Berne
Tél. +41 58 469 91 54



Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)

l'Association des autorités centrales cantonales en matière d'adoption (AACCA)

L'Associazione delle autorità centrali cantonali in materia di adozione (AACCA)

Präsidium VZBA c/o Kantonales Jugendamt / Denise Hug / Gerechtigkeitsgasse 8 / 3011 Bern

A-Post+

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 22. Mai 2018

13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 16. Februar 2018 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats verschiedene Kreise, im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) betreffend Einführung einer Adoptionsentschädigung für Adoptiveltern Stellung zu nehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Gerne äussern wir uns wie folgt:

1. Grundsätzliches

Grundsätzlich ist die Vorlage zu begrüßen. Ganz am Anfang des Zusammenlebens wird der Grundstein für ein Gelingen der späteren oder der bereits im Ausland erfolgten und in der Schweiz anerkannten Adoption gelegt. Anders als die meisten leiblichen Kinder haben Adoptivkinder bereits im frühesten Alter traumatische Beziehungsabbrüche erleiden müssen. Deshalb müssen die Adoptiveltern Zeit und Raum haben, ihr Adoptivkind beim Übergang in seine neue Familie eng zu begleiten.

2. Anspruchsberechtigte

a) Art. 16i Absatz 1 lit. a EOG

Insbesondere im Rahmen einer internationalen Adoption stehen je länger je mehr nur noch ältere Kinder zur Verfügung. Die Adoptionsverordnung (AdoV; SR 211.221.36) stellt in Art. 5 Abs. 3 erhöhte Anforderungen an die Eignung künftiger Adoptiveltern, wenn ein über 4 Jahre altes Kind zur Adoption aufgenommen werden soll. Die Adoption eines Kindes jeglichen Alters

ist eine Herausforderung für die Adoptiveltern. Wird ein älteres Kind adoptiert so können die Schwierigkeiten beim Beziehungsaufbau noch ausgeprägter vorliegen als bei jüngeren Kindern. Die Einschränkung der Anspruchsberechtigung auf Personen, die ein Kind von weniger als 4 Jahren aufnehmen, ist zu restriktiv.

Wir schlagen den folgenden, angepassten Wortlaut vor:

Art. 16 i Abs. 1 EOG

Anspruchsberechtigt sind Personen, die:

- a. ein Kind im Vorschulalter (nicht: ein weniger als 4 Jahre altes Kind) zur Adoption aufnehmen;

Begründung: Der Kindergarteneintritt (= Schuleintritt) ist die wesentliche Zensur (erneute Trennungserfahrung für das Adoptivkind) und nicht der 4. Geburtstag des Kindes. Es braucht bei diesem Übergang besondere Unterstützung.

b) Art. 16i Absatz 1 lit. d EOG

Mit der Ausdehnung der Unterbrechung oder Reduktion der Erwerbstätigkeit auf ein Jahr nach der Aufnahme des Kindes, verfehlt die Vorlage ihr Ziel. Es geht explizit um die erste Zeit nach der Aufnahme eines Kindes und nicht darum, irgendwann einmal im ersten Jahr, Zeit mit dem Kind zu verbringen. Der Anspruch begründet sich unmittelbar an die Aufnahme des Kindes.

3. Form, Höhe und Bemessung der Entschädigung

Wir schlagen den folgenden, angepassten Wortlaut vor:

Art. 16 I Abs. 2 EOG

Das Taggeld beträgt:

- a. bei einem Unterbruch der Erwerbstätigkeit: 100 Prozent (nicht 80 Prozent) des durchschnittlichen Erwerbseinkommens,
- b. bei einer Reduktion des Beschäftigungsgrads: 100 Prozent (nicht 80 Prozent) der Erwerbs-einbusse während der Reduktion.

Begründung: Es soll ein 100-prozentiger Ersatz gewährleistet werden, weil Erziehungsarbeit so wichtig wie Erwerbsarbeit ist.

4. Ende des Anspruchs (Art. 16k EOG)

Ein Adoptionsurlaub von zwei Wochen ist im Hinblick auf die Anforderungen, welche die Aufnahme eines Adoptivkindes an die Adoptiveltern stellt, kurz bemessen. Der Beziehungsaufbau zu einem Kind lässt sich nicht in zwei Wochen bewerkstelligen, allenfalls gar nur bei einer Pensionreduktion um 20 %.

5. Änderungen des Obligationenrechts

Wir schlagen den folgenden, angepassten Wortlaut vor:

Art.329g Abs. 1 OR

Nimmt die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ein Kind zur Adoption auf, so hat sie oder er bei Erfüllung der Voraussetzung gemäss Art. 16i EOG Anspruch auf einen Adoptionsurlaub von vier (nicht: zwei) Wochen.

Begründung: Nach einer Adoption entfällt die Zeit der nachgeburtlichen Erholung. Im Zentrum steht der Bindungsaufbau zu einem allenfalls traumatisierten Kind. Bindungen basieren auf Vertrauen, Verbindlichkeit und Konstanz. Sie brauchen Zeit.

Im Voraus besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Denise Hug
Präsidentin VZBA

Kopie

• sekretariat.abel@bsv.admin.ch



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
CH-3003 Bern

Bern, den 09.05.2018

Vernehmlassungsantwort

13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme in obengenannter Angelegenheit.

Die Stiftung Kinderschutz Schweiz begrüsst die finanzielle Entschädigung für Eltern, welche einen Adoptionsurlaub beziehen. Die Entschädigung wird massgeblich dazu beitragen, dass der Adoptionsurlaub überhaupt beansprucht wird.

Gefestigte Bindungen sind für Kinder ein entscheidender Schutzfaktor für eine gesunde physische und psychische Entwicklung. Die Zeit der Adoption ist für betroffene Kinder und ihre Elternteile mit einem kritischen Lebensereignis und grosser Unsicherheit verbunden. Während sich betroffene Kinder in unbekannter Umgebung mit neuen Bezugspersonen zurechtfinden müssen, sind die Eltern vor organisatorische und emotionale Herausforderungen gestellt, welche eine neue Familienkonstellation in sich birgt.

Schützende, tragfähige Beziehungen müssen deshalb möglichst rasch aufgebaut werden. Gemäss Erkenntnissen aus der Entwicklungspsychologie und der Resilienzforschung bedingt dies die Verfügbarkeit der primären Bezugspersonen. Beide Elternteile sollen daher zukünftig Zeit und finanzielle Unterstützung erhalten, dem Kind unmittelbar nach der Adoption die stressmindernde Zuneigung zu geben.

Der Vorentwurf der SGK-NR zielt in die richtige Richtung, ist für die Stiftung Kinderschutz Schweiz jedoch in drei wesentlichen Punkten ungenügend:



- Kritikpunkt 1 betrifft eine **nicht gerechtfertigte Einschränkung der Anspruchsgruppe**. Gemäss dem vorliegenden Entwurf sind nur Personen anspruchsberechtigt, «die ein weniger als vier Jahre altes Kind zur Adoption aufnehmen» (EOG - Vorentwurf, Art. 16i, Abs. 1, lit. a). Diese Einschränkung auf Kleinstkinder entspricht in keiner Weise dem übergeordneten Kindeswohl in Adoptionsprozessen, welches die Kinderrechtskonvention in Art. 21 KRK postuliert. Sie ist ebenfalls gegenläufig zur jüngsten Revision des Adoptionsrechts, welche das Kindeswohl ins Zentrum gestellt hat und am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist. Für den Aufbau einer schützenden Beziehung ist es elementar, dass die engsten Bezugspersonen verfügbar sind. Aus entwicklungspsychologischer Sicht ist dies bei Kindern zwischen 0-8 Jahren besonders ausgeprägt der Fall, da sie aufgrund ihres Entwicklungsstandes noch stark von den Bezugspersonen abhängig sind.
- Kritikpunkt 2 betrifft die gemeinschaftliche Adoption gemäss Art. 16i Abs. 2 lit. a des Vorentwurfs und das **Absehen von der Voraussetzung, dass beide Elternteile den Adoptionsurlaub während dem ersten Jahr nach der Aufnahme des Kindes beziehen müssen**. Gefestigte Bindungen zu beiden Elternteilen sind für Kinder ein Schutzfaktor von grosser Bedeutung. Da die zeitliche Verfügbarkeit der primären Bezugspersonen den Beziehungsaufbau beeinflusst, gilt es beide Elternteile zum Bezug des Adoptionsurlaubs zu ermutigen.
- Kritikpunkt 3 betrifft die **Dauer des Anspruchs auf Entschädigung im Adoptionsurlaub**, wie sie in der Anpassung des Obligationenrechts unter Art. 329 vorgesehen ist. Art. 329 lit. b des vorliegenden Entwurfs beschränkt den Adoptionsurlaub auf zwei Wochen. Diese kurze Dauer erlaubt keinen Aufbau von tragfähigen Bindungen und wird der «hohen Bedeutung» des Kindeswohls im Adoptionsrecht nicht gerecht.

Aufgrund der vorangehenden Kritikpunkte ist das Erwerbsersatzgesetz (EOG) wie folgt anzupassen:

a) die Anspruchsberechtigung wird in Art. 16i, Abs.1, lit. a auf Personen erweitert, welche Kinder zwischen 0-8 Jahren adoptieren

b) bei einer gemeinschaftlichen Adoption nach Art. 16i, Abs. 2, lit. a wird von beiden Elternteilen die Erfüllung der Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe d verlangt



Kinderschutz Schweiz
Protection de l'enfance Suisse
Protezione dell'infanzia Svizzera

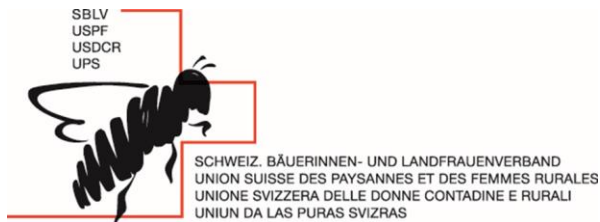
Ferner ist das Obligationenrecht, Art. 329, lit. b wie folgt anzupassen:

Der Anspruch auf Entschädigung im Adoptionsurlaub wird auf 14 Wochen erweitert.

Freundliche Grüsse

Yvonne Feri
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

Xenia Schlegel
Leiterin Geschäftsstelle



Herr
Thomas de Courten
Kommissionspräsident SGK-NR
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Brugg, 17. Mai 2018/kb

Parlamentarische Initiative Einführung einer Adoptionsentschädigung

Sehr geehrter Herr de Courten
Sehr geehrt Damen und Herren

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband ist mit der oben erwähnten Einführung einer Adoptionsentschädigung einverstanden.

Wir begrüssen, dass der Beginn des Anspruchs auf Adoptionsentschädigung an den Beginn der Aufnahme des Kindes gekoppelt ist und innerhalb eines Jahres bezogen werden muss. Ebenfalls begrüssen wir, dass die Eltern die Wahl haben den Urlaub aufzuteilen, sofern beide anspruchsberechtigt sind.

Für uns ist nachvollziehbar, dass ein Anspruch auf eine Entschädigung nur bei einer Adoption von Kindern bis 4-jährig besteht, gerade weil für Kleinkinder eine sorgfältige Angewöhnung an die neue Umgebung sehr wichtig ist und für Eltern und Kind ein höherer Betreuungsaufwand anfällt.

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüssen

SCHWEIZ. BÄUERINNEN- UND LANDFRAUENVERBAND SBLV

Christine Bühler
Präsidentin

Annekäthi Schluep-Bieri
Präsidentin Kommission
Familien- und Sozialpolitik